



HESSISCHER LANDTAG

13. 11. 2012

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Schaffung von Beratungsstellen zur Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen

Das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen muss einen umfassenden Beratungsanspruch enthalten. Für die Umsetzung dieses Beratungsanspruches wird ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen benötigt. Die Beratung hat eine hohe arbeitsmarktpolitische und integrationspolitische Bedeutung. Eine regelmäßige Schulung und Qualifizierung der Mitarbeiter der Beratungsstellen muss daher sichergestellt werden. Die Beratung der Antragstellerinnen/Antragsteller muss von Beginn bis Ende des Verfahrens erfolgen. Dazu muss die Landesregierung ein entsprechendes Schulungskonzept vorlegen.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen einzurichten.
2. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, ein Schulungskonzept für die Beratungsstellen zu erarbeiten.

Wiesbaden, 13. November 2012

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel